

Anfragen zum Plenum in der 41. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Nachdem gemäß einer Ausschreibung der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) das geplante Wohnheim für 300 Studierende der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern (HfÖD) in Hof ab dem 1. September 2024 bezugsfertig sein soll, frage ich die Staatsregierung, ob sie an diesem Zeitplan festhält, falls ja, wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist (bitte mit der Angabe des genauen Standorts und der Form des Studierendenwohnheims) und falls nein, wann soll das Wohnheim nach aktuellem Planungsstand bezugsfertig sein?

Horst Arnold
(SPD)

Nachdem der Abgeordnete Martin Schöffel (CSU) in der Plenarsitzung am 27.09.2022 (vorl. Protokoll 18/123 Bl. 17011) unter anderem äußerte: „Das ist wichtig, und dabei waren die Verbände auch eingebunden.“, frage ich die Staatsregierung, wann welche Verbände auf welche Art und Weise (z. B. Anhörung) in das Gesetzgebungsverfahren eingebunden wurden (bitte mit Angabe der jeweiligen Stellungnahmen der „eingebundenen“ Verbände)?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Inanspruchnahme der Hilfeleistungen der Hilfe- und Beratungsangebote für von Gewalt bedrohte Frauen zwischen 2017 und 2022 entwickelt hat (bitte Auflistung nach Anzahl der unterstützenden Leistungen und unterteilt in die Kategorien Frauenhäuser, Second-Stage-Einrichtungen, Fachberatungsstellen und Interventionsstellen sowie aufgeschlüsselt nach Anzahl der Frauen in den einzelnen Frauenhäusern in Relation zur Anzahl der abgewiesenen Frauen, dargestellt für Gesamtbayern, Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreie Städte)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten über rassistische und rechtsextreme Vorfälle in Rettungsdiensten in Deutschland frage ich die Staatsregierung, über wie viele Vorfälle von Rassismus und Rechtsextremismus in den 26 Rettungsdienstbereichen in Bayern sie Kenntnis hat, um welche Art von Fällen es sich handelt und wie auf diese seitens der übergeordneten Behörde reagiert wurde?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gesamtkosten die Erzeugung einer Kilowattstunde Atomstrom aus dem Kernkraftwerk Isar 2 im Durchschnitt der jeweiligen einzelnen Jahre 2012 bis 2022 verursachte (bitte unter separater Angabe von jeweiligen Gestehungskosten sowie der Gesamtkosten inklusive Gestehung, Kosten für Zwischenlagerung bzw. Endlagerung, Wartungskosten, Kosten für Vorbereitung des Atomausstiegs, Rückstellungen und Versicherungskosten etc.), wie viel zusätzlicher Atommüll durch einen Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Isar 2 über den 31.12.2022 hinaus bis zum 31.12.2024 bzw. 31.12.2026 entstünde (bitte Angabe in Prozent im Vergleich zur derzeitigen Menge an Atommüll, in Kubikmetern sowie Tonnen) und welche zusätzlichen geschätzten Gesamtkosten, u. a. für Zwischenlagerung, Vorbereitung der Endlagerung, Sicherheit, Versicherung etc., entstünden insgesamt durch einen Weiterbetrieb bis 31.12.2024 bzw. 31.12.2026?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb der Freistaat auf der Strecke Würzburg – Marktbreit (RB80) keinen echten Halbstundentakt bestellt, sondern zunehmend unregelmäßigere Abfahrtszeiten beauftragt (z. B. seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2021 ab Würzburg Hbf. Abfahrten je nach Stunde zur Minute :40, :41, :43, :54, :01, :04, :35, dazu kommen Taktlücken), ob sie für die Zukunft einen klaren und einfach merkbaren Halbstundentakt etwa zur Minute :41 und :11 zu jeder Stunde plant und wie bewertet sie die Möglichkeit der Landkreise, auf diese bisher unregelmäßigen Takte Zubringer-Busverbindungen auszurichten, wie im Rahmen der geplanten S-Bahn Mainfranken gefordert?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche leistungssportlichen Trainingseinrichtungen in Bayern vom Freistaat finanziell gefördert werden, welche davon sind für paralympische Sportlerinnen bzw. Sportler ausgelegt und inwiefern beabsichtigt sie darüber hinaus, die Sportlandschaft in Bayern in Zeiten hoher Energiekosten zu entlasten?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Geflüchtete in den bayerischen Flüchtlingsunterkünften untergebracht sind (bitte nach Regierungsbezirken, Ankerzentren, Dependancen, Gemeinschaftsunterkünften, Kapazitäten und tatsächlicher Belegung auflisten), wie viele finanzielle Mittel der Freistaat von Bund für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten in Bayern in den Jahren 2020, 2021 und 2022 erhalten hat (bitte nach Jahren auflisten und die genaue Anwendung und Weitergabe an die Kommunen auflisten) und wie viele Personen in der Zuständigkeit bayerischer Ausländerbehörden wurden seit 01.01.2022 (ggf. auch unter vorübergehender Unterbringung an einem anderen Ort in Deutschland) abgeschoben bzw. nach Dublin-III-Verordnung abgeschoben (bitte aufgeschlüsselt nach Monaten, Zielstaaten, Dublin- und Herkunftsland-Abschiebungen)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern sie plant, die Schulen in freier Trägerschaft zur Bewältigung der enorm gestiegenen Energiekosten in Zukunft zu unterstützen (bitte Art, Höhe und Zeitrahmen geplanter Unterstützungen darstellen sowie das federführend verantwortliche Staatsministerium benennen), welche Auswirkungen die drohenden Schließungen von Schulen in freier Trägerschaft für die Unterrichtsversorgung in Bayern angesichts einer Gesamtschülerzahl von über 140 000 betroffenen Schülerinnen und Schülern allein in den allgemeinbildenden Schulen hätten (bitte unter Berücksichtigung der Genehmigungsprozesse sowie der zeitlichen und finanziellen Ressourcen, die für Schulgründungen bzw. Erweiterungen im öffentlichen Bereich notwendig sind, beantworten) und wann Lösungen für die Energieproblematik dieser Schulen erstmals in der Staatsregierung diskutiert worden sind?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele ukrainische Schüler im Schuljahr 2022/2023 an den staatlichen Schulen in Bayern gemeldet sind, wie sich diese auf die jeweiligen Schularten verteilen (absolut und prozentual) und wie viele ukrainische Schüler nicht an einer bayerischen Schule angemeldet sind, obwohl sie der Schulpflicht unterliegen?

Matthias Fischbach
(FDP)

Laut eines Berichts in der Frankenpost vom 30.07.2022 begründet der Staatsminister für Unterricht und Kultus eine Werbekampagne für das Lehramtsstudium unter anderem mit einer anstehenden „Pensionierungswelle“. Außerdem ist in dem Bericht (und weiteren Meldungen) von einem Schreiben des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (StMUK) an die Bezirksregierungen die Rede, welches besage, dass für die „Zeit ab September nur minimal“ geplant werden solle. In einem Bericht auf dem Onlineportal merkur.de vom 29.07.2022¹ ist ein Schulamt dargestellt, welches den Schulleitern empfehle, Pensionisten anzusprechen, denn die vorhandenen Lehrkräfte „reichen nicht aus, um alle Planstellen zu besetzen“. Im Gespräch mit dem Bildungsausschuss über die Vorbereitung der Unterrichtsangebote für ukrainische Flüchtlinge im Herbst empfahl der Staatsminister, ebenfalls auch auf den Einsatz von pensionierten Lehrkräften zurückzugreifen. Vor diesem Hintergrund frage ich die Staatsregierung: 1.a) Wie groß war/ist der Anteil der über 50-jährigen Lehrkräfte in den Jahren 2015, 2020, 2021 und 2022 in geburtsjahrgangsbezogenen Alterskohorten (bitte nach den einzelnen Schularten und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten darstellen)? 1.b) Wie entwickelt sich auf diese Aufschlüsselung bezogen die Anzahl der Pflichtstunden und Vollzeitkapazitäten absolut und in Relation zur Gesamtheit der Lehrkräfte? 1.c) Inwiefern war vor diesem Hintergrund eine sogenannte „Pensionierungswelle“ bereits 2015 vorhersehbar? 2.a) In welchen Kultusministeriellen Schreiben (KMS) gab es im Schuljahr 2020/2021 und 2021/2022 Aufrufe bzw. Hinweise zur Rückgewinnung ehemaliger Lehrkräfte (Bitte KMS nach Datum auflisten, jeweils den Adressatenkreis, dessen Titel bzw. Thema angeben und die Passagen bezüglich ehemaliger bzw. pensionierter Lehrkräfte kurz wiedergeben)? 2.b) Welche weiteren wesentlichen Aufrufe zur Rückgewinnung ehemaliger Lehrkräfte fanden in diesen Schuljahren statt (bitte z. B. auch auf indirekte Aufforderungen über die Schulaufsicht o. ä. eingehen – siehe Artikel von merkur.de)? 2.c) In welchem Ausmaß haben solche Aufrufe in den vergangenen Jahren zugenommen? 3.a) Wie viele ehemalige Lehrkräfte konnten in diesen beiden Schuljahren jeweils ihre Arbeit wiederaufnehmen (bitte Zahl der Lehrkräfte nach Regierungsbezirken und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten angeben sowie deren Anstellungsform, Schulart und insgesamt geleistete Pflichtstundenzahl)? 3.b) Wie hat sich die Zahl der an den Schulen aktiven Lehrkräfte über dem üblichen Pensionierungsalter in den vergangenen sieben Schuljahren jeweils verändert (bitte Zahl der Lehrkräfte, Pflichtstunden, Durchschnittsalter nach Schulart und Regierungsbezirk gegliedert angeben)? 3.c) Wie beurteilt sie vor diesem Hintergrund den Erfolg ihrer Maßnahmen zur Zurückgewinnung ehemaliger Lehrkräfte? 4.a) Wie viele Lehrkräfte haben in den vergangenen fünf Schuljahren einen Antrag auf Ver-

¹ [https://www.merkur.de/lokales/wolfratshausen/wolfratshausen-ort29708/interne-mail-aufgetaucht-zu-wenig-lehrer-fuer-mittelschulen-rektoren-sollen-pensionisten-fragen-91695622.html?fs=e&s=c\[10.10.2022%2016:58:53\]](https://www.merkur.de/lokales/wolfratshausen/wolfratshausen-ort29708/interne-mail-aufgetaucht-zu-wenig-lehrer-fuer-mittelschulen-rektoren-sollen-pensionisten-fragen-91695622.html?fs=e&s=c[10.10.2022%2016:58:53])

setzung in den Ruhestand jeweils nach Art. 64 Nr.1 oder Nr. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) gestellt (bitte für einzelne Schuljahre getrennt darstellen und falls möglich nach Regierungsbezirken und Schularten aufschlüsseln)? 4.b) Wie wurden diese Anträge beschieden? 4.c) Wie viele Lehrpersonen schieden aufgrund von Dienstunfähigkeit in den vergangenen fünf Schuljahren vorzeitig aus dem Schuldienst aus (bitte Schuljahr und Alter zum Zeitpunkt des Ausscheidens darstellen und falls möglich nach Regierungsbezirken und Schularten aufschlüsseln)? 5.a) Welche Konzepte für die Gewinnung älterer, bereits im Ruhestand befindlicher Lehrkräfte haben sich als erfolgreich erwiesen? 5.b) Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zukünftig, um eine effektivere (Rück-)Gewinnung von Lehrpersonen, die sich im Ruhestand befinden, zu gewährleisten? 5.c) Welches Budget für die Rückgewinnung ehemaliger Lehrkräfte plant sie in Zukunft im Vergleich zu den Vorjahren einzusetzen (bitte – sofern explizite Haushaltstitel genutzt werden – diese für den Zeitraum von 2017 bis 2024 darstellen)? 6.a) Wie plant sie mit der Möglichkeit für ältere Lehrkräfte zur Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung in Zukunft umzugehen (bitte mit Begründung)? 6.b) In welchem Umfang wurde in den vergangenen sieben Schuljahren von den Lehrkräften in den einzelnen Schularten die Möglichkeit von Altersteilzeit nach Art. 91 BayBG genutzt (bitte reduzierte Stundenzahl auch regional gegliedert und nach Geburtsjahr der Lehrkräfte darstellen)? 6.c) Welche finanziellen Anreize setzte sie bislang speziell bezogen auf die Arbeitszeiterhöhung bzw. -verlängerung älterer Lehrkräfte? 7.a) Welche Schulbegehungen wurden vom Arbeitsmedizinischen Institut für Schulen (AMIS) jeweils in den einzelnen Schuljahren seit Gründung durchgeführt (bitte den Anlass, Umfang und Ergebnisse kurz darstellen und teilnehmende Schulen benennen)? 7.b) In welchem Umfang wurde in den entsprechenden Schuljahren auf die Hotline und die Online-Angebote von AMIS zugegriffen? 7.c) Existieren spezifische Angebote für ältere Lehrkräfte bei AMIS (bitte deren Etablierung quantitativ und qualitativ darstellen)? 8.a) Welche Werbemaßnahmen zur Gewinnung unterschiedlicher Lehrkräfte wurden in den vergangenen fünf Jahren unternommen (bitte mit Bezug auf die einzelnen Zielgruppen, Werbeträger, beteiligte Werbepartner und jeweils eingesetzte Haushaltsmittel darstellen)? 8.b) Welche Reichweiten und konkret messbaren Erfolge erzielten diese Werbemaßnahmen? 8.c) Sieht sie in Zukunft einen größeren Handlungsbedarf in der Bewerbung des Lehrerberufs oder in der Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen (bitte mit Bezug auf die einzelnen Zielgruppen begründen)?

Matthias Fischbach
(FDP)

Vor dem Hintergrund der mir im Brief vom 09.09.2021 seitens der damaligen Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer, MdL, gegebenen Information, dass im Jahr 2022 der Planungsauftrag für die „Große Baumaßnahme“ zur Generalsanierung des Schlosses der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) gegeben werden sollte und dass seitens des Staatlichen Bauamts Erlangen-Nürnberg gerade schon die Sanierung des Mittelrisalits der Westfassade geplant worden sei und in den Jahren 2022 und 2023 umgesetzt werden sollte, frage ich die Staatsregierung, inwiefern die beiden genannten Maßnahmen mittlerweile vorangekommen sind (bitte Projekt-/Planungsfortschritt darstellen und dabei auf investierte Planungsressourcen in Personentagen eingehen sowie gegebenenfalls aufgetretene Verzögerungen erläutern und neue Zieltermine benennen), welche Herausforderungen das Staatliche Bauamt Erlangen-Nürnberg in der Umsetzung sieht (bitte hier insbesondere auf den kürzlich durchgeführten Begehungstermin im Zusammenhang mit der zusätzlichen Absperrung vor dem Eingang des Schlosses und auf verfügbare Planungsressourcen eingehen) und in welchem Umfang die Kosten für die angekündigten Sanierungen seitens des allgemeinen Haushalts der Universität oder aus den in Anlage S vorgesehenen staatlichen Hochbaumaßnahmen bestritten werden sollen?

Matthias Fischbach
(FDP)

Vor dem Hintergrund der kirchlichen Missbrauchsfälle und der mittlerweile hierzu übermittelten beiden Berichte des Staatsministeriums für Justiz (StMJ) frage ich die Staatsregierung: 1.a) Welche Erkenntnisse liegen heute und lagen zum Zeitpunkt der Gutachtenveröffentlichung im Jahr 2010 der Staatsregierung zu den sieben im Bericht des StMJ erwähnten körperlichen Übergriffen im Einzelnen und im Detail vor (bitte um genaue Informationen zu Tathergang, Tatorten, Tatzeiten, Tätern und Opfern, insbesondere Alter zum Tatzeitpunkt, sowie – falls jeweils ein förmliches Vor-/Ermittlungsverfahren eröffnet worden ist – Mitteilung des staatsanwaltschaftlichen und/oder polizeilichen Aktenzeichens)? 1.b) Wie ist in den einzelnen Fällen jeweils dokumentiert, dass ein Strafantrag „seitens der Vertretungsberechtigten ausdrücklich nicht gestellt“ worden ist (bitte Informationen über jeweils vertretungsberechtigte Personen sowie jeweiligen Zeitraum der Frist für den Strafantrag sowie Zeitpunkt und Art ausdrücklichen Erklärung wiedergeben)? 1.c) Inwiefern wurden die Vertretungsberechtigten jeweils seitens der Behörden über ihre Rechte bezüglich der Strafantragsstellung aufgeklärt (bitte Zeitpunkt und Name der Behörde jeweils benennen)? 2.a) Bestand nach der Diskussion rund um die Veröffentlichung des Gutachtens 2010 aus Sicht der Staatsregierung und der Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit, ein besonderes öffentliches Interesse an der Verfolgung der dort dokumentierten körperlichen Übergriffe zu bejahen (bitte genau erläutern, falls dies ausgeschlossen werden kann)? 2.b) Bei welchen der bislang aufgelisteten sowie sonstig bekannt gewor-

denen kirchlichen Missbrauchsfällen neben denen aus dem im zweiten Bericht des StMJ erwähnten Gutachten von 2010 haben das StMJ bzw. die Staatsanwaltschaften nur (zumindest teilweise) geschwärzte Akten erhalten (bitte ggfs. je Einzelfall übersichtlich auflisten)? 2.c) Inwiefern konnte die Staatsanwaltschaft bei diesen Schwärzungen sowie bei den Schwärzungen im Anlagenteil des Bandes II des Gutachtens aus 2010 jeweils ausschließen, dass es sich bei diesen um ermittlungsrelevante Informationen handeln könnte (bitte je Einzelfall erläutern)? 3.a) Insofern nach 2.c) nicht die Schwärzung ermittlungsrelevanter Informationen ausgeschlossen werden konnte, wann wurde mit dem Aktenherausgeber bzw. den Kirchen jeweils Kontakt aufgenommen, um doch eine Herausgabe der Informationen zu erwirken? 3.b) Falls es keine freiwillige Herausgabe der Informationen gab, wie wurde jeweils in Abwägung mit anderen Rechtsvorschriften (z. B. § 203 Strafgesetzbuch – StGB oder Bundesrechtsanwaltsordnung – BRAO) die Möglichkeit einer Durchsuchung geprüft (bitte darauf eingehen, ob ggf. Teile von § 203 StGB oder im Falle einer bekannten Mandantschaft der Geschädigten die BRAO konkret eine Herausgabe oder Beschlagnahme verhinderten)? 3.c) Wie wurde mit Bezug auf die Schwärzungen im Anlagenteil des Bandes II des Gutachtens aus 2010 geprüft, ob die Geschädigten nicht doch aktiv an der (seinerzeit noch nicht verjährten) Strafverfolgung – insbesondere in Fällen, die aufgrund eines nicht hinreichenden Tatverdachts 3. o. ä. eingestellt worden sind – hätten mitwirken wollen? 4.a) Insofern ein Verfahren bezüglich Fällen aus den Gutachten oder sonstiger Fälle aus dem Bericht des STMJ ohne weitere Ermittlungsmaßnahmen eingestellt wurde: Wie lautete jeweils der Einstellungsvermerk im Wortlaut? 4.b) Inwiefern waren bzw. wurden die bayerischen Jugendämter bei den in den drei kirchlichen Gutachten zu sexuellem Missbrauch und körperlichen Übergriffen dargestellten Fällen sowie in den weiteren in den Berichten des StMJ dargestellten Fällen jeweils involviert (bitte für dokumentierte Einschaltungen der Jugendämter diese im Einzelnen auflisten und bezüglich des zweiten StMJ-Berichts in den Tabellen als Spalte ergänzen)? 4.c) In welchem Umfang erfolgte jeweils eine Informationsweiterleitung durch die Staatsanwaltschaft an die Polizei, um von dort aus z. B. gefahrenabwehrende Maßnahmen nach dem Polizeiaufgabengesetz (PAG) (insbesondere bezüglich des bekanntgewordenen Beschuldigten) zu veranlassen (bitte ggf. Art und Zeitpunkt sowie Rechtsgrundlage der Maßnahmen im Einzelfall darstellen)? 5.a) Wie lauteten jeweils die konkreten Tatvorwürfe und Anhaltspunkte im Detail für die dargestellten Verfahren nach § 184b und § 184c StGB (bitte bezüglich der berichteten Fälle im Einzelnen die Tatvorwürfe entsprechend der Untergliederung der Paragraphen angeben, detailliert ausführen und die zugrundeliegenden Informationen, die zum Tatverdacht und den Vor-/Ermittlungen führten, darlegen)? 5.b) Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung, den Strafverfolgungsbehörden oder dem Landesamt für Verfassungsschutz zu den Beschaffungswegen für das kinder- oder jugendpornografi-

sche Material in diesen Fällen im Einzelnen und eventuellen Bezügen zur organisierten Kriminalität vor? 5.c) Sind der Staatsregierung, den Strafverfolgungsbehörden oder dem Landesamt für Verfassungsschutz Fälle bekannt, in denen Personen aus dem Kirchengrund bei der Erstellung von kinder- oder jugendpornografischem Material mitgewirkt oder dazu beigetragen haben (bitte ggfs. Erkenntnisse im Einzelnen aufführen)? 6.a) Sind der Staatsregierung, den Strafverfolgungsbehörden oder dem Landesamt für Verfassungsschutz Fälle bekannt, in denen Geschädigte der kirchlichen Missbrauchsfälle in kinder- oder jugendpornografischem Material foto- oder filmografisch dargestellt worden sind (bitte ggf. Erkenntnisse im Einzelnen aufführen)? 6.b). Inwiefern wurde bislang darauf hingewirkt, entsprechende Erkenntnisse nach 5.a), 5.b) oder 6.a) zu erlangen (bitte insbesondere Zeitraum und Art entsprechender Ermittlungsmaßnahmen darlegen)? 6.c) Falls solche Erkenntnisse vorlagen, wie wurde damit umgegangen – insbesondere mit Bezug auf die Geschädigten und deren Schutz? 7.a) In welcher Form und welchem Umfang erhielten die bayerischen Ermittlungsbehörden in den vergangenen fünf Jahren Informationen zu kinder- oder jugendpornografischen Verdachtsfällen vom NCMEC, dem US-amerikanischen FBI und anderen ausländischen Quellen (bitte Zeitpunkte, Umfang der Informationen und Anlässe darlegen)? 7.b) Welcher Anteil der Informationen bezog sich hiervon potenziell auf kirchliche Missbrauchsfälle, z. B. aufgrund von Beschuldigten mit kirchlicher Funktion? 7.c) Wurden die in 7.a) dargelegten Informationen schon vollständig kriminalistisch aufgearbeitet (ggf. noch darüber hinaus ausstehenden Ermittlungsbedarf insbesondere mit Bezug auf mögliche weitere Fälle mit Kirchenbezug erörtern)? 8.a) Ist der Staatsregierung bekannt, wie seitens der Kirchen mit denjenigen Tätern verfahren wurde, die aufgrund von Verjährung nicht strafrechtlich belangt werden konnten (bitte ggfs. im Einzelnen darstellen)? 8.b) Welche Maßnahmen seitens der katholischen und der evangelischen Kirche sind der Staatsregierung bekannt, die gewährleisten sollen, dass sich Fälle von Übergriffen durch Angehörige der katholischen Kirche nicht wiederholen bzw. schnell erkannt werden? 8.c) Inwiefern wurde diesbezüglich mit den Kirchen und kirchennahen Institutionen kommuniziert?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem Anwohnerinnen und Anwohner im Umkreis des Sonderflughafens Oberpfaffenhofen seit geraumer Zeit gesteigerten Flugverkehr an Freitagen und Samstagen wahrnehmen, frage ich die Staatsregierung, durch welche Maßnahmen das Luftamt Südbayern als zuständige Aufsichtsbehörde sicherstellt, dass Privatjet-Anbieter nicht auch Freizeitflugreisen vom bzw. zum Sonderflughafen Oberpfaffenhofen anbieten und durchführen, wie viele Flugbewegungen mit strahl- und turbinengetriebenen Flugzeugen und Hubschraubern im Jahr 2021 und bisher im Jahr 2022 an Freitagen, Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen insgesamt stattfanden und bei wie vielen, in die Berechnung des Dauerschallpegels einfließenden Einzelereignissen im Jahr 2021 und bisher im Jahr 2022 ein Schallpegel von 60 dB (A) in welcher Höhe überschritten wurde?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie bei Gewässern 3. Ordnung, für die die Kommunen zuständig sind, bis 2027 erreicht werden soll, wenn sich laut Drs. 18/23906 bayernweit nur zwei Kommunen für entsprechende Fördermittel gemäß der Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) beworben haben, wie den Kommunen nahegebracht wird, dass auch sie in der Verantwortung für die Umsetzung der europäischen Richtlinie stehen und wie soll künftig erreicht werden, dass die Förderung durch die RZWas 2021 attraktiver für die naturnahe Entwicklung und Gestaltung von Gewässern 3. Ordnung wird, die ja nicht nur zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, sondern auch dem Hochwasserschutz und der Steigerung der Biodiversität an kleinen Gewässern dient?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die bundesweite Durchführung der Potenzialanalyse im Rahmen der Gigabitstrategie zur Ermittlung der Potenziale für den eigenwirtschaftlichen Ausbau der Glasfasernetze unterstützt, ob bereits die Ergebnisse der Potenzialanalyse für Bayern vorliegen (wenn ja, bitte beifügen) und welchen Veränderungsbedarf sieht sie für die einschlägigen bayerischen Förderprogramme angesichts der Gigabitstrategie des Bundes, insbesondere der Ergebnisse der Potenzialanalyse?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Vor dem Hintergrund der seit Jahren leider ergebnislos verlaufenden politischen und verbandlichen Anstrengungen zur Barrierefreiheit der Bahnhöfe Kitzingen und Ochsenfurt und im Hinblick auf die Ankündigung der Staatsregierung, Bayern 2023 barrierefrei zu machen, frage ich die Staatsregierung, was sie bisher konkret unternommen hat, um die Barrierefreiheit der beiden Bahnhöfe zu erreichen (bzw. welche Verhandlungen mit welchem Ergebnis sie bisher mit Bahn und Bund geführt hat), welchen Stellenwert und Bedeutung die Barrierefreiheit dieser beiden Bahnhöfe aus Sicht der Staatsregierung auch im Hinblick auf Prioritätensetzungen konkret einnimmt und mit welcher Unterstützung seitens des Freistaates Bayern können die Menschen in Kitzingen und Ochsenfurt und Region jetzt rechnen, um die Barrierefreiheit der Bahnhöfe baldmöglichst endlich zu erreichen?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe sind Mittel für Kunst und Kultur in dem von Ministerpräsident Dr. Markus Söder versprochenen Entlastungspaket für Bayern in Höhe von einer Milliarde Euro enthalten, in welcher Höhe sollen diese für Kunst und Kultur vorgesehenen Anteile der Milliarde jeweils an staatliche, private und ehrenamtliche Institutionen, Verbände, Vereine oder Unternehmen gezahlt werden und welche Kriterien sollen der Ausschüttung von Mitteln zu Grunde liegen?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Anknüpfend an meine Anfrage zum Plenum vom 26. April 2022 frage ich die Staatsregierung, wie die Umsetzung der „Hightech Agenda Bayern“ und der „Hightech Agenda Plus“ im Vergleich zur ursprünglich dargestellten Finanzplanung bei den einzelnen Vorhaben inzwischen vorangeschritten ist (bitte wiederum in den einzelnen Jahren angesetzte und im Vergleich dazu tatsächlich verausgabte Mittel seit 2020 mindestens in der Detailtiefe der Übersicht auf S. 1005 und 1006 des Nachtragshaushalts 2019/2020 darstellen und für die Jahre ab 2022 die aktuelle Finanzplanung im Vergleich zur ursprünglichen Finanzplanung angeben), wie die für die vergangenen Jahre angesetzten Mittel, die noch nicht voll verausgabt werden konnten, nun schnellstmöglich investiert werden, um nicht durch die hohe Inflation weiter aufgezehrt zu werden, und bei welchen Vorhaben über eine Anpassung der Mittel an die Inflationsrate nachgedacht wird?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche aktuellen Pläne sie mit dem Areal des „Concordia-Parks“ und dessen Nutzungen (Kleingartenanlage, Gaststätte etc.) an der Landshuter Alle 165 in München (z. B. Verkauf, Bebauung, Belassen im aktuellen Zustand mit aktueller Nutzung etc.) hat, warum die Pachtverträge für alle auf dem Grundstück etablierten Nutzungen gekündigt wurden (bitte für jede Nutzung begründen) und ist sie der Ansicht, dass diese Fläche im aktuellen Zustand (Baumbestand, Kühlungsfunktion, Biodiversität, Versickerungsfunktion, Erholungsfunktion etc.) erhaltenswert ist (bitte sowohl bei „ja“ als auch bei „nein“ konkret begründen)?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Proteste und Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften nach dem Tod einer jungen Iranerin nach ihrer Festnahme durch die Sittenpolizei in der iranischen Hauptstadt Teheran sowie der ohnehin seit vielen Jahren höchst problematischen politischen Situation im autoritären Iran mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und aufgrund der Tatsache, dass Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann nun verkündet hat, von Abschiebungen in den Iran überwiegend abzusehen und bereits einzelne EU-Länder, bspw. Österreich, eine Reisewarnung für das gesamte Land herausgegeben haben und ihre Bürgerinnen und Bürger auffordern, den Iran umgehend zu verlassen, frage ich die Staatsregierung, wie viele iranische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger derzeit eine Grenzübertrittsbescheinigung statt einer Duldung in Bayern besitzen, welche Bleibeperspektiven den Iranerinnen und Iranern in Bayern nun sowohl kurz- als auch langfristig offen stehen (inkl. Arbeitserlaubnis, Zugang zu Integrations- und Sprachkursen etc.) und ob das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration weiterhin an Abschiebungen aus bayerischer Zuständigkeit in andere problematische Gebiete festhält, bspw. nach Pakistan oder den Irak (falls ja, bitte Unterschied zum Abschiebestopp in den Iran begründen)?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche (Pilot-)Projekte (Standorte, Laufzeit, Träger) derzeit in Unterfranken durchgeführt werden, die das Ziel haben, die Folgen von langen Perioden der Trockenheit in Unterfranken zu bekämpfen, mit welchen öffentlichen Geldern diese Projekte jeweils finanziert werden und wie sichergestellt ist, dass die Projekterkenntnisse überschneidungsfrei zusammengeführt werden?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem der Freistaat Bayern 529 Mio. Euro für den Ausgleich der durch die Einführung des 9-Euro-Tickets entstandenen finanziellen Nachteile erhalten hat, frage ich die Staatsregierung, inwieweit diese Mittel schon an die Leistungserbringer ausgezahlt wurden, welcher Verteilungsschlüssel dafür angewendet wurde und wie hoch der Anteil an den 529 Mio. Euro der einzelnen Regierungsbezirke ist?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an wie vielen Schlachtstätten in Bayern es Videokameraüberwachung an den neuralgischen Stellen gibt (bitte aufschlüsseln nach Betriebsgröße), inwiefern amtliche Kontrollbehörden darauf zugreifen können und in wie vielen Fällen es auf Basis des Videomaterials bereits Beanstandungen durch Behörden gab?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie angesichts der Energiekrise beabsichtigt, die Tiefengeothermie zu fördern, wie sie Kommunen und Investoren bei der Absicherung der finanziellen Risiken von Tiefenbohrung unterstützen will und warum sie 2013 den entsprechenden Haushaltstitel im Entwurf zur Abdeckung der Risiken von Fehlbohrungen aus Erdwärme gestrichen hat?

Natascha Köhnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Forschungsprojekte (bitte mit genauer Angabe der Ergebnisse) von der Staatsregierung seit der Veröffentlichung der neuen NEC-Richtlinie im Jahr 2016 bis zum Inkrafttreten der neuen Düngeverordnung im Jahre 2020 bezüglich alternativer Verfahren, wie es im § 6 Abs. 3 der Düngeverordnung formuliert ist, zur Verringerung der Ammoniakemissionen in Stall, Lager und Feld finanziert und initiiert wurden, welche Forschungsprojekte derzeit noch laufen und welche dieser Forschungsprojekte als Grundlage für die Formulierung von äquivalenten Alternativen zur Emissionsverringerung im Sinne des § 6 Abs. 3 herangezogen werden (Forschungsprojekte bitte nach Jahren, Forschungseinrichtungen und den eingesetzten Finanzmitteln auflisten)?

Sebastian Körber
(FDP)

Anlässlich des Überwertankaufs des Grundstücks „Brunecker Straße“ in Nürnberg frage ich die Staatsregierung, inwiefern es seitens des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) bzw. einer Abteilung / eines Referats des StMB Bedenken gab (bitte um Darlegung der Form und Nennung der Abteilung / des Referats), inwiefern gar von einem staatlichen Kauf seitens einer Abteilung / eines Referats im StMB abgeraten wurde (u. a., da dieser nicht wirtschaftlich sei, nicht rechtens) (bitte um Angabe der Gründe) und wie sie mit diesen Bedenken bzw. dem kritischen Bericht/Stellungnahme ggf. umgegangen ist?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann mit den Ergebnissen der laufenden „Denk- und Diskussionsphase“ zum Bau des Konzerthauses in München zu rechnen ist, wie viele Aufträge mit externen Dienstleisterinnen und Dienstleistern in der „Denkpause“ neu abgeschlossen wurden (bitte jeweils mit Angabe des Datums des Vertragsabschlusses und der Vertragshöhe) und welche Gründe verantwortlich dafür sind, dass entgegen der Zusicherung von Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume, die Entscheidung zum Konzerthaus kurz nach der Sommerpause bekanntzugeben, der „Prüfungs- und Entscheidungsprozess“ bis heute nicht abgeschlossen ist, obwohl die von der Staatsregierung in den Antworten auf die beiden Anfragen der Abgeordneten Susanne Kurz zu „Konzerthaus München“ (Drs. 18/23822, Anfrage 1) und „Konzerthaus München II“ (Drs. 18/24076, Anfrage 2) genannten Gründe für die Denkpause wie die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angegebenen Baukosten von über 1 Mrd. Euro („nach allen Erkenntnissen realistisch und naheliegend“, Anfrage 1), die hohen Investitions- und Sanierungskosten bei den staatlichen Kulturbauten (s. Anfrage der Abgeordneten Susanne Kurz zu „Sanierungsmaßnahmen im Kulturbereich“, Drs. 18/23821) und die zu klärenden wesentlichen Rahmenbedingungen („Der dargestellte Denk- und Gesprächsprozess ist vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen durch internationale Krisen, steigende Baukosten und den Investitionsbedarf bei bestehenden Kulturbauten besonders am Standort München notwendig geworden“, Anfrage 2) schon seit längerer Zeit bekannt sind und daher eine Aufschiebung der Entscheidung nicht rechtfertigen?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Anlässlich des ersten Grundlagen-Evaluierungsberichts¹ der Expertengruppe des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO) über Deutschland und der darin enthaltenen Kritikpunkte in Bezug auf die mangelnde Umsetzung der Istanbul-Konvention, insbesondere in ländlichen Gebieten, frage ich die Staatsregierung, welche zusätzlichen, konkreten Maßnahmen sie ergreift, um der mangelnden Umsetzung der Istanbul-Konvention, insbesondere in ländlichen Gebieten, entgegenzutreten, ob eine Landesmonitoringstelle zur Beobachtung und Bewertung der politischen und sonstigen Maßnahmen auf Landesebene zur Umsetzung der in der Konvention enthaltenen Vorgaben eingerichtet wird und ob jährliche Bedarfsanalysen für Frauenhausplätze und Bedürfnisse der Frauen und ggf. ihren Kindern mit besonderem Augenmerk auf die geografische Verteilung und die Berücksichtigung besonders verletzlicher Gruppen, wie Frauen mit Behinderungen, geflüchtete Frauen oder queere Menschen, erstellt werden?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis darüber hat, wie viele Long-Covid-Diagnosen in den Jahren 2020, 2021 und 2022 im Freistaat Bayern gestellt wurden (aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht und Regierungsbezirken), welchen Impfstatus die Patienten zum Zeitpunkt der Long-Covid-Diagnose hatten (unbekannt, 0-mal, 1-mal, 2-mal, 3-mal, 4-mal geimpft) und wie kann sie bei ähnlicher Symptomatik sicher ausschließen, dass tatsächlich Long-Covid anstatt eines möglichen Impfschadens vorliegt?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Anschlags auf die Bahninfrastruktur in Norddeutschland am vergangenen Wochenende frage ich die Staatsregierung, wie der Stand der Ermittlungen zu dem Anschlag auf die Bahnstrecke Augsburg – Mering – München vom August 2022 ist, ob Indizien für einen linksextremistischen Hintergrund des Anschlags auf die Bahnstrecke Augsburg – Mering – München vorliegen und wie viele Anschläge mit einem vermuteten oder nachgewiesenen linksextremistischen Hintergrund auf den Schienenverkehr bzw. Bahnverkehr seit dem Jahr 2000 der Staatsregierung bekannt sind (falls nicht alle Fälle seit dem Jahr 2000 recherchiert werden können, bitte auf den Zeitraum begrenzen, der recherchiert werden kann)?

¹ <https://rm.coe.int/report-on-germanyfor-publication/1680a86937>

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie die geplante Ausgestaltung (Finanzierungsquellen, Förderinstrumente, Berechtigungsbereich, zeitlicher Rahmen etc.) der geplanten Ausgestaltung des von Ministerpräsident Dr. Markus Söder offiziell angekündigten „Härtefallfonds“ und „Schutzschirms für Stadtwerke“ ist, welche die in der Umsetzung befindlichen bzw. geplanten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen jeglicher Art seitens der Staatsregierung für Unternehmen in Bayern (bitte stichpunktartig – ggf. mit Link – auflisten), vornehmlich der energieintensiven Industrie, aber auch der kleinen und mittleren Unternehmen, zur Bewältigung gestiegener Energiekosten und der Erzeugerpreis-inflation, sind und bitte um Übersendung des „Stresstests der Stromnetzbetreiber“, wonach laut offizieller Pressemitteilung Nr. 427/22 des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) „in den nächsten Monaten [...] eine Stromversorgungslücke von insgesamt bis zu 91 Stunden“ erwartet wird bzw. um Wiedergabe des Inhalts (Begründung, zeitlicher Verlauf und mögliche Auswirkungen der Stromversorgungslücke sowie geforderte Gegenmaßnahmen)?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann Vertreter des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik in Bayern mit der Firma Virtual Solution seit dem 01.12.2017 Kontakt hatten (hierbei bitte Art der Kommunikation, die Teilnehmer und den entsprechenden Ort angeben) worum es in dem jeweiligen Austausch ging (bitte hierbei jeweils Initiator nennen) und welche Staatsministerien über den Austausch jeweils informiert wurden?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle häuslicher und sexualisierter Gewalt in den Jahren 2017 bis 2022 gemeldet wurden, wie sich die Anzahl der Morde an Frauen in Bayern entwickelt hat und wie verteilen sich die jeweiligen Taten auf die einzelnen Altersgruppen (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Jahren, Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten auflisten)?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Impfzentren derzeit in Niederbayern noch aktiv sind (bitte Nennung der Standorte), wie hoch die Kosten für den Betrieb dieser Zentren je Monat sind (bitte jeweils Personal- bzw. Mietkosten sowie andere Kosten getrennt ausweisen) und wie viele Impfungen in diesen Zentren vom 01.04.2022 bis zum 30.09.2022 durchgeführt wurden?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der in diesem Monat endenden Frist zur Abgabe der Grundsteuererklärung frage ich die Staatsregierung, wie viele Grundsteuerklärungen in Bayern bereits abgegeben wurden (bitte prozentual und absolut angeben), wie viele Anträge auf Fristverlängerungen bereits eingereicht wurden und welche Maßnahmen sie ergreift, um die bislang niedrige Abgabequote für Grundsteuerklärungen in Bayern rasch zu erhöhen?

Florian Ritter
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann laut der Süddeutschen Zeitung vom 7. Oktober 2022 erklärt haben soll, dass Bayern von Ausweisungen in den Iran absehen werde – „schwere Straftäter ausgenommen“ –, frage ich die Staatsregierung, wie sich denn nunmehr angesichts dieser Äußerung die aktuelle rechtliche und faktische Situation im Hinblick auf Abschiebungen in den Iran tatsächlich darstellt, insbesondere ob es bereits eine entsprechende formelle Anordnung gem. §§ 60a Abs. 1 Satz 1, 23 Abs. 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) gibt, und wann von „schweren Straftätern“ im Sinne der Aussage des Staatsministers auszugehen ist?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Vorgaben zur Klassenbildung an bayerischen Schulen im Schuljahr 2022/2023 ausgestaltet sind und verbindlich umgesetzt werden (bitte aufschlüsseln nach einzelnen Schularten, Unter- bzw. Obergrenzen sowie Nennung der Vorgaben für Klassen mit einem Migrationsanteil von mehr als 50 Prozent), inwiefern sich die Pflichtunterrichtsstunden in den einzelnen Schularten zum Vorjahr verändert haben bzw. zum ersten Schultag personell nicht abgedeckt werden konnten und wie viele der 1 620 neuen Lehrerstellen zum ersten Schultag nicht bzw. nicht mit voll ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden konnten?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft die Ausländerbehörde Passau ausreisepflichtige Ausländer für einen Termin zu sich gebeten hat, damit diese vor Ort ohne Ankündigung in Abschiebehaft genommen werden können, wie sie ein solches Vorgehen ihrer Behörden bewertet und welche Konsequenzen sich für die Ausländerbehörde Passau aus dem vorliegenden Fall eines geduldeten Iraners, der zur Ausstellung einer Arbeitserlaubnis in die Behörde gebeten wurde und dort am 29. September 2022 festgenommen worden ist, ergeben (bitte die Maßnahmen benennen, die in Zukunft solch ein Vorgehen der Ausländerbehörden verhindern sollen)?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie darüber hat, ob Behörden und Unternehmen der kritischen Infrastruktur in Bayern Software der Firma Protelion GmbH angekauft haben (bitte ggf. jeweilige Behörden und Unternehmen benennen) und welche Verbindungen insbesondere zwischen der Staatsregierung und dem Cyber-Sicherheitsrat Deutschland e. V. bestehen?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie der Stand der Planungen zur Errichtung eines innovativen Trainingszentrum für Aus- und Fortbildungen sowie regelmäßige Übungen der Wasserrettung in Bayern ist, bis wann das Trainingszentrum fertiggestellt werden soll und wie viel Geld sie für den Betrieb und die Errichtung dieses Trainingszentrums zu investieren plant?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Quereinsteigerinnen bzw. Quereinsteiger für die Mittelschulen durch die Sondermaßnahme im Schuljahr 2021/2022 gewonnen werden konnten, wie viele davon ihre Lehramtsstätigkeit an den Mittelschulen im Schuljahr 2021/2022 wieder abgebrochen haben und wie viele Bewerbungen von Quereinsteigerinnen bzw. Quereinsteigern für das Lehramt Mittelschule für das neue Schuljahr 2022/2023 vorliegen?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Geflüchtete (inkl. ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger) aktuell im Landkreis Traunstein (aufgeteilt auf Herkunftsländer), wie viele von ihnen leben aktuell in Gemeinschaftsunterkünften, und wie viele von der Geflüchteten, die seit 2018 im Landkreis Traunstein gemeldet waren, haben keine Arbeitserlaubnis beziehungsweise Beschäftigungsduldung (Ausbildung eingeschlossen) erhalten?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang der Aufbau einer Maskenproduktion durch die Staatsregierung in den Jahren 2020 und 2021 zum Beispiel durch Zuschüsse, Bürgschaften und Kredite unterstützt wurde, in welcher Höhe hierzu staatliche Haushaltsmittel in den Jahren 2020 und 2021 aufgewendet wurden und wie hoch hierzu die Aufwendungen bei des Landesförderinstituts (LfA) Förderbank Bayern in den Jahren 2020 und 2021 waren?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele ukrainische Staatsbürger, die Sozialleistungen in Bayern in Anspruch nehmen, nach ihrer Kenntnis mit eigenem Kraftfahrzeug in Bayern eingereist sind, bei wie vielen dieser genannten Kraftfahrzeuge aktuell kein Haftpflichtversicherungsschutz vorliegt und wie gewährleistet wird, dass ukrainische Kraftfahrzeuge in Bayern über einen gültigen Versicherungsschutz verfügen?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zu Vorhaben der Sanierung kommunaler Trink- und Abwasseranlagen in Härtefällen innerhalb der aktuellen Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) im letzten und diesem Jahr bewilligt wurden, wie viele Begünstigte kommunale Unternehmen waren und welches Fördervolumen die einzelnen Bewilligungen umfassten?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie bereits genauere Erkenntnisse über die Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit von tiefengeothermischer Energiegewinnung im Raum Bamberg/Coburg, betreffend die Wärmeanomalie bei Ebern, hat, falls nein, bis wann sie mit den Ergebnissen aus den Untersuchungen zum Potenzial von Tiefengeothermie im Raum Bamberg/Coburg rechnet und welche Förderungen der Freistaat für ein Geothermie-Projekt in Oberfranken in Aussicht stellen würde?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Seit dem 01.10.2022 müssen voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen Beauftragte benennen, die das Hygiene-, Impf- und Testmanagement in den Einrichtungen koordinieren sollen, weshalb ich die Staatsregierung Frage, welche Erkenntnisse sie bisher zur Implementierung dieser Beauftragten in den bayerischen Einrichtungen hat, welche koordinierende Aufgaben im Speziellen übernommen werden sollen und wie die Pflegekräfte dafür qualifiziert werden bzw. welche Anforderungen zur Übernahme der Funktion erfüllt sein müssen?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge wurden zur im § 6 Abs. 3 der Düngeverordnung möglichen Genehmigung einer Befreiung von der bodennahen Düngerausbringung bislang gestellt, wie viele Anträge wurden bislang abgelehnt und welchen Handlungsbedarf sieht die Regierung in der wissenschaftlichen und finanziellen Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern in der Umsetzung der Düngeverordnung, insbesondere hinsichtlich des § 6 Abs. 3 zur Befreiung von bodennaher Düngerausbringung (bitte Angabe jeweils aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten)?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ausnahmegenehmigungen nach § 78 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) wurden in den letzten 10 Jahren für festgesetzte oder vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete in Bayern erteilt (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln), welche Kriterien müssen erfüllt sein, um eine solche Ausnahmegenehmigung zu erhalten und welche Behörde ist dafür zuständig?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob Planungsträger für die Realisierung von Windenergieprojekten unter Nutzung der vorgesehenen sechs Fallgruppen der geplanten Gesetzesänderung des Art. 82 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) einen Bebauungsplan bzw. Flächennutzungsplan aufstellen oder eine Ausweisung als Vorrangfläche in die Wege leiten müssen, mit welcher rechtlichen Begründung ist die Unterscheidung Wald und Acker der aktuellen Gesetzesänderung in Art. 82 BayBO gerechtfertigt hinsichtlich einer Ungleichbehandlung der Eigentümer von Ackerflächen und ist bei einem pauschalem Abstand von Windkraftanlagen von 1 000 m oder mehr zur nächsten Wohnbebauung ein Lärmschutzgutachten im Rahmen des bundesimmissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens noch notwendig?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie das Kernkraftwerk Isar 2 nach Kenntnis der Staatsregierung im Fall von Unfällen mit Auswirkungen auf Menschen und Sachwerte versichert ist, ob es Versicherungsunternehmen gibt, die eine verlängerte Laufzeit von Isar 2 versichern würden und welche Schäden bzw. Summen sind durch solche Versicherungen abgedeckt?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Richtlinien es für die Schulen mit offenem Ganztagsangebot zu Gruppengröße (bitte Maximum angeben), die Zahl der Fachkräfte pro Gruppe (differenziert nach Gruppengröße) und die Qualifikation der jeweiligen Betreuung gibt?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 08.11.2022 in einer Pressemitteilung anlässlich des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbetags mitteilte, dass „für den Freistaat [...] Bauen mit Holz dank der Holzbauintiative ohnehin zum Regelfall“ wird, frage ich die Staatsregierung, welche Holzbauquote größer als 50 Prozent sich der Freistaat damit selbst gibt, ob diese Quote ausschließlich für Neubauten gilt oder auch Altbausanierungen und -renovierungen miteingeschlossen sind und welche Kriterien angestellt werden, um hierbei ausschließlich Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung einzusetzen?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, die Alarm- und Einsatzpläne von Krankenhäusern gemäß Art. 8 Abs. 1 Bayerisches Katastrophenschutzgesetz Vorkehrungen für den Fall von längerfristigen Strom- oder Heizungsausfällen enthalten, ob nach Auffassung der Staatsregierung hier Handlungsbedarf besteht und welche Maßnahmen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der bayerischen Krankenhäuser in einer winterlichen Energiekrise sie treffen wird?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe den bayerischen Schulen im laufenden Jahr Mittel für Klassenfahrten zur Verfügung stehen, ob damit (insbesondere im Vergleich mit den Ist-Zahlen der vergangenen Jahre) voraussichtlich der Bedarf gedeckt werden kann und wie das Antragsverfahren im Einzelnen ist, um die Mittel abzurufen?

Josef Zellmeier
(CSU)

Im Hinblick auf die von mir geführten Gespräche mit der Bäckerei Steinleitner in Niederwinkling sowie der Maschinen- und Zahnradfabrik Ilmberger in Straubing frage ich die Staatsregierung, wie sie die Aktivitäten des Bundes zur Hilfe für energieintensive Betriebe einschätzt, ob diese auch für den Mittelstand und für Teilbetriebe wie zum Beispiel eine Härterei greifen und welche eigenen Maßnahmen sie plant?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Absperrung rund um die Fassade des markgräflichen Schlosses in zentraler Lage in Erlangen, welches die Hauptverwaltung der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) beherbergt und im Besitz des Freistaates Bayern ist, nach acht Jahren nun noch deutlich erweitert werden musste und Teile des Schlossplatzes inklusive einer wichtigen Fahrradachse versperrt, frage ich die Staatsregierung, auf welchem denkmalfachlichen Gutachten oder ähnlichen Untersuchungen diese Erkenntnisse zur akuten Gefährdung von Passantinnen bzw. Passanten und Mitarbeitenden der FAU beruhen (bitte entsprechendes Gutachten anfügen), welche Ortstermine und sonstigen Überwachungsmaßnahmen (inklusive Angabe der Prüfintervalle) an dem bekanntermaßen höchst sanierungsbedürftigen Schloss, insbesondere der Fassade, in den letzten drei Jahren stattfanden (bitte Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer, Ergebnisse und von der Staatsregierung freigegeben Finanzmittel angeben) und welche Maßnahmen der Notsicherung für das aktuell festgestellte (und eventuell weitere) Schadensbild durch den Freistaat als Eigentümer des Objekts durchgeführt wurden oder noch geplant sind (unter Angabe des genauen Zeitplans und dafür vorgesehene Finanzmittel)?